

Namensänderung

## Die CVP Aargau heisst neu Die Mitte Aargau

Am 28. November 2020 haben die Delegierten der CVP Schweiz einen historischen Entscheid getroffen. Sie haben sich mit überwältigender Mehrheit für einen neuen Namen ausgesprochen und damit die Öffnung unserer traditionsreichen Partei im staatstragenden politischen Zentrum eingeleitet.

Als erste Kantonalpartei folgte die CVP Aargau mit dem einstimmigen Beschluss, sich Die Mitte Aargau zu nennen und vereint mit der BDP Aargau, die sich uns angeschlossen hat, in eine neue Zukunft zu ziehen.

Für die CVP Aargau war die im Rahmen des nationalen Strategieprozesses er-

folgte Öffnung der Partei nicht Neuland. Mit den Listennamen CVP **Die Mitte** spielte die CVP Aargau schweizweit denn auch eine wichtige Rolle als Pionierin des Mitteprojektes anlässlich der kantonalen Wahlen 2020. In diesen Wahlen legten wir an Wählerprozenten zu und konnten den Erfolg aus dem Jahr 2019 wiederholen. Unser Wahlkampf-motto lag im Zusammenhalt. Die Wählerinnen und Wähler honorierten die Arbeit in Partei, Fraktion und Regierung und nochmals will ich allen danken, die in jeglichen Funktionen mitgeholfen haben, der CVP zu ihren Erfolgen zu verhelfen. Denn Erfolge gehören allen.



Marianne Binder-Keller ist Präsidentin von Die Mitte Aargau.

Fortsetzung nächste Seite



Der Entscheid zum Namenswechsel fällten die Delegierten einstimmig anlässlich der digitalen Versammlung.

Die Misserfolge leider auch. Schweizweit war die Bilanz 2019 durchmisch. Es gab Kantone mit grossen Gewinnen und solche mit Verlusten. Der Kanton Aargau als grosser Kanton trug Wesentliches bei zum Gesamtergebnis. «Nur» minus 0,2 Prozent. Wir konnten unsere Wähleranteile trotz allen katastrophalen Voraussagen als einzige Regierungspartei halten und dem grünen Sturm widerstehen. Wir konnten von allen Regierungsparteien am besten mobilisieren, wir haben unseren Abwärtstrend in vielen Kantonen gestoppt. Wir haben Potenzial. Aber nur, wenn wir es nutzen.

Im Rahmen des Strategieprozesses, den ich als Mitglied des nationalen Präsidiums begleiten durfte, erfolgten Wähleranalysen durch politische Institute und bekräftigten unsere Idee: wir müssen unsere Partei nicht neu erfinden, wir müssen sie öffnen und diese Öffnung

erfordert einen neuen Namen. Mit dem neuen Namen verabschieden wir uns nicht vom C im Programm, aber wer gezögert hat, sich wegen des C im Namen anzuschliessen, und das zeigt die Entwicklung der letzten vierzig Jahre, den laden wir ein.

Wir verändern nicht unsere Werte. Wir verändern nicht unsere Positionen. Im Gegenteil. Wir verankern sie im neuen Namen. Die Mitte **ist** Programm. **Ist** ein Wert. **Ist** eine politische Positionierung. Die Mitte ist eine Marke mit ihrer konsensorientierten Politik. Aus dieser Mitte heraus haben wir seit der Gründung unserer Partei auf allen Ebenen dieses Landes verantwortungsvolle Politik gestaltet und werden wir sie auch künftig gestalten. Die Mitte Aargau steht für den Zusammenhalt. Freiheit, Solidarität und Verantwortung sind keine leeren Versprechen. Was dies bedeutet, zeigt sich gerade in

gesellschaftlich und wirtschaftlich unsicheren Zeiten, wie wir sie derzeit erleben. Unsere Sorge gilt allen. Wir anerkennen, dass verschiedene Akteure zur Bewältigung der Pandemie beitragen und spielen sie nicht gegeneinander aus. So wie Gesundheitseinrichtungen riesige Verdienste haben im Kampf gegen die Krankheit, haben es all die geschlossenen Betriebe im Kampf gegen die Verbreitung. Deshalb setzen wir alles daran, ihnen zu helfen. Ihnen schnell und unbürokratisch Hilfe zukommen zu lassen. Die Arbeitsplätze zu erhalten, den Standort Aargau zu unterstützen. Es geht überall um Menschen. Wir wollen diese Politik in der Mitte für die Zukunft stärken. Die Mitte sieht sich damit in der Verantwortung für den Kanton Aargau und für dieses Land.

Marianne Binder-Keller,  
Präsidentin



**Volksinitiative vom 15. September 2017 «Ja zum Verhüllungsverbot»**

# Nein zum Verhüllungsverbot in der Verfassung!

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» will ein Verbot der Gesichtshüllung im öffentlichen Raum und an Orten, die öffentlich zugänglich sind. Das Verbot gilt nicht für Sakralstätten. Ausnahmen sollen zudem aus Gründen der Gesundheit, der Sicherheit, des einheitlichen Brauchtums sowie aus klimatischen Gründen möglich sein. Weiter darf niemand gezwungen werden, sein Gesicht aufgrund des Geschlechts zu verhüllen.

## Bei Ablehnung kommt indirekter Gegenvorschlag zum Tragen

Der Bundesrat hat der Volksinitiative einen indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe gegenübergestellt. Dieser sieht eine Pflicht vor, einer Vertreterin oder einem Vertreter einer Schweizer Behörde das Gesicht zu zeigen, wenn dies zu Identifikationszwecken notwendig ist. Zudem nimmt er die Gleichstellung von Mann und Frau auf. Bei Ablehnung der Initiative tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

## Kleidervorschriften gehören nicht in die Bundesverfassung

Die Verankerung einer Kleidervorschrift in der Bundesverfassung führt gemäss der Mehrheit des Parteivorstandes zu weit und soll auf Gesetzesebene ge-

regelt werden. Zudem greift die Initiative in die kantonale Hoheit ein. Die Regelung des öffentlichen Raums liegt in der Kompetenz der Kantone. Die Gefahr für den Tourismus ist ein weiteres Argument. Vollverschleierte Personen sind meist Touristinnen. Ein Verhüllungsverbot ergäbe Verluste für die Konsumgüterbranche, die Hotellerie und die Gastronomie. Ausserdem könnte der Zwang, das Gesicht in der Öffentlichkeit zeigen zu müssen, zu mehr Repression gegenüber Frauen in ihren Familien und Ausgehverboten führen.

Eine Minderheit im Parteivorstand befürwortet die Initiative. Man erachtet die Verschleierung der Frau als diskriminierend, sexualisierend und nicht rechtsstaatskonform. Im Namen der Religion sollen keine Grundrechte verletzt werden.

Zwei Drittel des Parteivorstandes lehnt die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» ab und stellt sich damit hinter den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates.

Barbara Totzke,  
Geschäftsführerin Die Mitte Aargau



Barbara Totzke zum Verhüllungsverbot.

# Ja zur E-ID. Ja zur digitalen Zukunft.



Daniel Käppeli befürwortet die Einführung einer E-ID.

Haben Sie sich schon einmal überlegt, warum Sie viele Geschäfte ganz einfach von zu Hause am Computer oder Smartphone erledigen können, während einfachste Behördengänge immer noch physische Präsenz und eine Unterschrift erfordern? Die Antwort ist ganz einfach: im Internet gibt es keine überprüfbare Identität, d. h. jedermann kann sich als jemand anders ausgeben und das ist nur schwer zu überprüfen.

## E-ID als elektronischer Ausweis

Mit einem staatlich anerkannten «Login» könnten zahlreiche Behördengänge durch

Online-Dienste abgelöst werden, sogenannte E-Government-Lösungen. Das Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID) schafft die gesetzliche Grundlage. Davon profitieren nicht nur Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden auf Stufen Bund, Kanton und Gemeinde, sondern auch private Firmen wie Banken, Versicherungen und Telekommunikationsanbieter, welche regulatorische Vorgaben erfüllen müssen. Das E-ID-Gesetz sieht vor, dass der Bund private aber auch öffentliche Anbieter von elektronischen Identitätsdienstleistungen ermächtigt, elektronische Identitäten auszustellen und zu beglaubigen. Damit wird ermöglicht, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner im Internet «ausweisen können». Mit der E-ID wird es möglich sein, beispielsweise einen Strafregisterauszug per Internet zu bestellen oder Bankkonten zu eröffnen.

## Ohne einheitliche Lösung droht digitaler Flickenteppich

Für Grossrat Andre Rotzetter ist klar, dass die E-ID eine unverzichtbare Grundlage ist für weiterführende Initiativen wie das elektronische Patientendossier. Auch Regierungsrat Markus Dieth sieht die Vorteile der E-ID. Die Kantone haben ihre Digitalisierungsstra-

tegien definiert, welche sie zielstrebig verfolgen. Ohne eine einheitliche E-ID-Lösung vom Bund drohen 26 verschiedene Systeme: ein digitaler Flickenteppich!

Der Parteivorstand gewichtet die Notwendigkeit einer E-ID höher als die Frage nach der Sicherung der Identität als eine ausschliesslich staatlich-hoheitliche Aufgabe. Dies wird vom Referendumskomitee als Hauptargument für die Ablehnung der Vorlage ins Feld geführt. Der Parteivorstand hat mit 24:1 bei einer Enthaltung klar die Ja-Parole beschlossen.

Daniel Käppeli,  
Mitglied Parteileitung,  
Merenschwand



Alfons Paul Kaufmann bejaht das Freihandelsabkommen.

## Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

# Ja zum Vorteil der Schweizer Exportindustrie

Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) und Indonesien wurde 2018 unterzeichnet und 2019 der Bundesbeschluss dazu gutgeheissen. Ein Komitee aus zivilgesellschaftlichen und bäuerlichen Organisationen hat gegen den Bundesbeschluss unter dem Leitspruch «Stop Palmöl» das Referendum ergriffen. Sie befürchten, das Freihandelsabkommen werde nur gebraucht, um Palmöl in grösseren Mengen von Indonesien in die Schweiz zu importieren.

## Darum geht es

Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbessert für die Handelspartner einerseits den Marktzugang für den Handel mit Waren und Dienstleistungen und schafft andererseits Rechtssicherheit. Für 98% der heutigen Ausfuhren nach Indonesien werden nach Ablauf der Zollabbaufristen sämtliche Zölle wegfallen. Zudem umfasst das Abkommen Bestimmungen zu Investitionen,

Fortsetzung nächste Seite

zum Schutz des geistigen Eigentums, zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse, zu Handel und nachhaltiger Entwicklung sowie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

### **Indonesien ist Handelspartner mit grossem Potenzial**

Indonesien ist mit seinem derzeitigen Wirtschaftswachstum von über fünf Prozent für die Schweiz ein interessanter Handelspartner mit grossem Potenzial. Alle Schweizer Exporteure – sowohl die Industrie als auch Hersteller von land-

wirtschaftlichen Erzeugnissen – können vom Abkommen profitieren und erhalten einen Wettbewerbsvorteil, da die indonesischen Zölle verhältnismässig hoch sind.

### **Einheimische Ölproduktion durch Kontingente für Palmöl geschützt**

Die im Abkommen enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen gewährleisten durch konkrete Vorgaben und Forderungen die Einfuhr von nachhaltigem Palmöl. Das ist ein grosser Fortschritt für die Nachhaltigkeit und den Erhalt

des Regenwaldes. Einheimische Bauern müssen wegen der festgelegten Ölkontingente für den Palmölimport keine geringere Nachfrage nach einheimischem Öl befürchten.

Der Parteivorstand der CVP Aargau empfiehlt einstimmig bei einer Enthaltung die Ja-Parole zum Freihandelsabkommen mit Indonesien.

Alfons Paul Kaufmann,  
Fraktionspräsident  
Die Mitte Aargau

## **Rückblick Grossratspräsidium**

# **Vielfalt Aargau**

Mein Motto im Präsidialjahr war Vielfalt Aargau. Aufgrund von Rückmeldungen meiner Vorgängerinnen und Vorgängern hatte ich so eine vage Vorstellung, was mich in der ganzen Vielfalt erwarten könnte. Sitzungen vorbereiten und leiten, unseren Kanton bei verschiedensten Anlässen vertreten, Reden und Grussbotschaften erstellen und vortragen, unterschiedliche Korrespondenzen machen und vieles mehr. Und einige sagten: «Du wirst nach diesem Jahr genug haben von all den Apérogebäcken, den währschaften Essen mit Kartoffelsalat und Aargauer Braten und wirst eine Kleidergrösse mehr einkaufen müssen.» Ich nehme es vorweg: Ich habe immer noch die gleiche Kleidergrösse. Wenn Anlässe stattfanden, dann ohne Apéros und währschaftem Essen und selten einem Glas Wein. Ich kam oft mit Heisshunger nach Hause und war froh, dass mir mein Mann von seinem Essen etwas übrigliess.

Die Vielfalt fand statt, – aber ganz anders, – und aus meiner Sicht nicht weniger wertvoll. Im kleinen Rahmen, im Austausch mit Mails, Briefen, Telefongesprächen und durch Begegnungen, die mich oft sehr berührten. All diese Erfahrungen und Begegnungen durfte ich erleben, weil das Grosse nicht stattgefunden hat. Mir wurde immer wieder vor Augen geführt, dass die Vielfalt im Kleinen und oft Unscheinbaren beginnt. Es war ein Jahr vom bewussten Nichtwissen, wie der nächste Tag aussieht und jede Planung neu geplant werden musste. Ein Jahr, mit vielen unvorhergesehenen Entscheidungen und der wiederkehrenden Erkenntnis, dass man es nie allen recht machen kann.

Mir wurde bewusst, wie wichtig der gemeinsame Austausch, kritisches Hinter-

fragen und die Zusammenarbeit sind. Ich realisierte immer wieder, wie unterschiedlich Menschen sich in Krisenzeiten verhalten und wie wichtig Wertschätzung und Toleranz ist, auch wenn nicht immer alles nachvollziehbar ist.

Die Vielfalt Aargau wurde mir durch Begegnungen im Kleinen nähergebracht. Ich durfte immer wieder erfahren, dass unser Dasein, unser Wirken und letztlich unser Kanton durch die Vielfalt der Menschen geprägt ist. Und wie wichtig es ist, dass ich als Politikerin mit diesem Wissen achtsam und respektvoll umgehe.

Toll war zu erleben, dass wir ein Parlament haben, das sich auf unterschiedliche Situationen einlassen und Krisen mittragen kann. Das fähig ist, Veränderungen anzunehmen und Mut zu Lücken zeigt. Das fähig ist, in fremder Umgebung

zu arbeiten und wenn es sein muss, auch im digitalen Austausch. Ein Parlament, das fähig ist, Lösungen zu suchen, Entscheidungen zu akzeptieren und den gemeinsamen politischen Auftrag in den Vordergrund stellt. Viele Sachgeschäfte konnten trotz der veränderten Situation umfassend beraten werden.

«Das Entscheidende in unserem Leben sind nicht die Ereignisse, sondern das, was wir daraus machen.»

Dieses Zitat von Albert Schweitzer hatte ich in meiner Antrittsrede zum Präsidialjahr integriert. Es begleitete mich das ganze Jahr, – treffender könnte es nicht sein.

Edith Saner,  
Grossrätin, Birmenstorf



Grossratspräsidentin Edith Saner an der Aargauer Eliteschau in der Viancoarena in Brugg.

# Kanton Aargau: Herausforderungen im 2021

2020 war ein intensives und bewegtes Jahr. Beim Start in mein Landammannjahr ahnten wir noch nicht, was alles auf uns zukommt. Die Corona-Pandemie führte zu einschneidenden Veränderungen für Wirtschaft und Gesellschaft – über Nacht war Krisenmanagement im Fokus.

Im 2020 musste ich zudem am eigenen Leib erfahren, dass die Gesundheit unser wichtigstes Gut ist und dass wir ihr Sorge tragen müssen. Die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen zum Schutz unserer Gesundheit sind richtig und wichtig.

Es erfüllt mich mit Stolz und Dankbarkeit, dass Regierung und Verwaltung zusammen mit dem Grossen Rat den Kanton mit Augenmass durch dieses spezielle Jahr geführt haben und dennoch zahlreiche wichtige strategische Vorhaben umgesetzt haben. So konnten wir die Kantonsfinanzen sanieren und damit das strukturelle Defizit beseitigen. Wir haben weitere Schulden abbauen können und unser Notfallkässeli, die Ausgleichsreserve, gefüllt. Damit haben wir uns wieder Handlungsspielraum erarbeitet. Diesen hätten wir gerne für Zukunftsprojekte genutzt. Nun haben die Folgen der Corona-Pandemie Priorität, denn im 2020 und 2021 haben wir nicht nur mit ungeplanten Mehrausgaben zu rechnen, sondern auch mit weniger Steuereinnahmen.

Doch es gibt auch positive Effekte, wie zum Beispiel die vierfache Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank SNB, die unseren finanziellen Handlungsspielraum für die zukünftigen Herausforderungen erhöht.

## Digitalisierungsschub

Aufgrund des Lockdowns hat die Verwaltung einen enormen Digitalisierungsschub erfahren. Homeoffice, virtuelle Regierungsratssitzungen und hybride



Regierungsrat Markus Dieth zu den Herausforderungen 2021.

Teammeetings sind heute an der Tagesordnung. Und es funktioniert sehr gut. Es beeindruckt mich sehr, wie schnell und agil wir in der Verwaltung reagiert haben und die Vorteile der neuen Kommunikationsmöglichkeiten in der Arbeitswelt zu nutzen wissen. Auch ich persönlich habe viel dazugelernt und bin auf dem Weg zum papierlosen Büro einen grossen Schritt weitergekommen.

## Ausblick

2021 stehen wichtige Projekte an, beispielsweise die Steuergesetzrevision, mit der zusätzlich zum Pauschalabzug für Krankenkassenprämien für natürliche Personen eine Tarifsenkung der

Gewinnsteuer für Unternehmen zur Debatte stehen. Zudem wollen wir mit einer neuen Steuerstrategie den Standort Aargau stärken. Weiter vorantreiben möchte ich auch die Digitalisierung der kantonalen Verwaltung und den Ausbau der digitalen Dienstleistungen für Unternehmen und Bevölkerung. Ganz wichtig ist aber, dass wir weiterhin eine Finanzpolitik im Aargau betreiben, die verlässlich und weitsichtig ist.

Als Mitglied der Konferenz der Kantonsregierungen, der Finanzdirektorenkonferenz, als Vorstandsmitglied der Landwirtschaftsdirektoren und der Fachdirektoren Lotteriewesen sowie ab Juni auch als Präsident der Nordwestschweizer Regierungskonferenz, werde ich auch national und interkantonal tätig sein und die Anliegen unseres Kantons aktiv in Bundesbern vertreten.

Besonders freue ich mich auf Zeiten, in denen unbeschwerte Begegnungen mit der Bevölkerung wieder möglich sein werden. Denn gute Politik dient den Menschen und dem Gemeinwohl. Unsere Politik dient dem Aargau, den Menschen und Unternehmen im Aargau.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen allen für das entgegengebrachte Vertrauen und Ihre Unterstützung! Zusammen bleiben wir stark, angesichts der Herausforderungen im 2021. Zäme für euse Aargau!

Markus Dieth, Regierungsrat

## Parolenspiegel

### Eidgenössische Vorlagen

Verhüllungsverbot	NEIN
EID-Gesetz	JA
Wirtschaftsabkommen Indonesien	JA

# Dank und Gratulation

Marion Pfister aus Stein und Michael Kaufmann aus Wettingen sind aus der Parteileitung zurückgetreten. Vielen Dank für die geleistete Arbeit und den Einsatz in diesem Gremium.

Die Delegierten haben am 19. Januar 2021 einstimmig die Parteileitungsmitglieder für die Amtsperiode 2021–2024 gewählt.

## Herzliche Gratulation an:

- Marianne Binder-Keller, Baden, bisher
- Oliver Hunziker, Lenzburg, bisher
- Daniel Käppeli, Merenschwand, bisher
- Isabell Landolfo, Birrwil, bisher
- Andre Rotzetter, Buchs, bisher
- Susanne Voser, Neuenhof, bisher
- Roland Basler, Kölliken, neu
- Monika Baumgartner, Tegerfelden, neu
- Edith Saner, Birmenstorf, neu
- Jacqueline Wick, Bremgarten, neu

Von Amtes wegen in der Parteileitung sind Regierungsrat Markus Dieth und Fraktionspräsident Alfons Paul Kaufmann.

Marianne Binder-Keller wurde zudem einstimmig zur Präsidentin von Die Mitte Aargau gewählt.

Barbara Totzke,  
Geschäftsführerin Die Mitte Aargau

**Alfons Paul Kaufmann**

**Susanne Voser**

**Daniel Käppeli**

**Oliver Hunziker**

**Markus Dieth**

**Marianne Binder**

**Isabell Landolfo**

**Andre Rotzetter**

**Monika Baumgartner**

**Jacqueline Wick**

**Roland Basler**

**Parteileitung**

**Die Mitte Aargau**  
Freiheit. Solidarität. Verantwortung.

Haben Sie eine neue Adresse?  
Oder wollen Sie uns einen Beitrag schicken?

Schreiben Sie uns auf  
[info@cvp-aargau.ch](mailto:info@cvp-aargau.ch)

## Herausgeber

Die Mitte Aargau  
Mitgliederzeitschrift

## Erscheinungsweise

4–5× jährlich

## Jahresabonnement

Fr. 40.–

## Auflage

7000 Exemplare

## Administration

Sekretariat Die Mitte Aargau  
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau  
Tel. 056 222 97 97

## E-Mail

[info@cvp-aargau.ch](mailto:info@cvp-aargau.ch)

## Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen

Herzliche Gratulation den neu- und wiedergewählten Mitgliedern der Parteileitung.